Soziales Brandenburg

Wahlzeitung der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl 2014 für den Landkreis Havelland

DIE LINKE.

Linke Regierungen lohnen sich

Am 14. September haben Sie es in der Hand: Sie können Ihre Stimme dafür geben, dass wir die Politik der vergangenen fünf Jahre fortsetzen. Wir nehmen »Gemeinsinn und Erneuerung« ernst, stellen soziale Gerechtigkeit und die demokratische Mitwirkung aller in den Mittelpunkt. Brandenburg ist mit Rot-Rot auf einem guten Weg. Junge Leute, die auf der Suche nach Arbeit unser Land verlassen haben, kehren in die Heimat zurück – oftmals mit ihren Familien. Sinkende Arbeitslosenzahlen, ein Mindestlohn von 8,50 Euro für öffentliche Aufträge, eine klare Absage an das Billiglohn-Image, das die CDU dem Land jahrelang aufgezwungen hat, eine erneuerte Wirtschaftsförderung, die ökonomisch klug und zugleich sozial verantwortlich funktioniert, und der beherzte Start in die Energiewende durch gezielte Förderung von erneuerbaren Energien und deren Speicherung. Und obendrein: Schüler-BAföG, mehr Lehrer/-innen, mehr Kita-Erzieher/-innen, mehr Jüngere in die Landesverwaltung durch gezielte Aus- und Weiterbildung und einiges mehr – und das bei einem trotzdem konsolidierten Landeshaushalt. Dieser Erfolg steht auf dem Spiel, wenn eine CDU in der Regierung wieder die Uhren zurückdreht.

Leider ist nicht alles, was wir uns in den fünf zurückliegenden Jahren vorgenommen hatten, auch gelungen. Dazu war nicht nur die Zeit zu kurz, sondern auch der Ballast von zehn Jahren CDU-Regierungsbeteiligung zu groß. Aber wir haben begonnen, Brandenburg zukunftsfähig zu gestalten – und zwar in allen Regionen. Das Havelland ist beispielsweise heute der Landkreis, in den die meisten jungen Leute zurückkehren. Das freut mich als Westhavelländer besonders. Ja, wir haben auch Fehler gemacht, zum Beispiel bei der Polizeireform. Da sind wir bereits am Ändern. Und der BER ist im wahrsten Sinne des Wortes immer noch eine Großbaustelle. Dass wir als PDS vor 20 Jahren diesen Standort nicht wollten, hilft uns bei der Lösung heutiger Probleme nicht. Jetzt muss der Bau so zügig wie möglich zu Ende gebracht werden – mit einem genauen Kostenrahmen, einem sehr guten Schallschutz und mehr Ruhe in der Nacht für die Anwohner/-innen.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir in den nächsten fünf Jahren unsere sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Schlüsselprojekte umsetzen.

Ob 10 Euro Mindestlohn für öffentliche Aufträge, die weitere Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssels bei den Ein- bis Sechsjährigen, mehr Lehrer/-innen, 500 Millionen Euro Investitionsprogramm über fünf Jahre für Kommunen, gewährleistete gesundheitliche Versorgung in allen Regionen und die konkrete Energiewende vor Ort – das geht nicht vom grünen Tisch aus: Ihre Erfahrungen, Hinweise und Kritik sind nicht nur willkommen, sondern notwendig.

Wir wollen ein Brandenburg ohne Armut, mit Chancengleichheit in einem gerechten Schul- und Bildungssystem, mit innovativen Unternehmen, attraktiven Arbeitsplätzen, ein Land mit intakter Natur und einem solidarischen und toleranten Miteinander aller.

Christian Görke,
Spitzenkandidat der LINKEN zur Landtagswahl am 14. September 2014

iStockphoto.com/BartCo

Gute Arbeit, was heißt das?
Mehr auf **Seite 2**

Wie eine Schule der Zukunft aussehen kann
Mehr auf **Seite 3**

Wohnen darf kein Luxus werden!
Mehr auf **Seite 5**

Soziales Gewissen sein – und so handeln
Kathrin Dannenberg und Christian Görke, die Neue und der Spitzenkandidat zu ihren Vorstellungen von einem sozialen Land. **Seite 7**

iStockphoto.com/gldburger

Gute Wahl – Briefwahl

Für alle, die nicht wissen, ob sie am Wahltag wählen gehen können, gibt es die Möglichkeit der Briefwahl. Für viele Menschen, die nicht mobil sind, ist die Briefwahl zudem die Möglichkeit, trotzdem mit darüber zu entscheiden, welche Politik nach dem 14. September 2014 gemacht wird und wer ihre Interessen vertritt. Wer also nicht sicher ist, am Wahlsonntag das Wahllokal aufsuchen zu können, sollte von dieser Möglichkeit unbedingt Gebrauch machen. Wie es praktisch geht, steht unter anderem auf der Internet-Seite *www.briefwahl-mit-links.de.*

Der Antrag für die Briefwahl kann sofort bei der Gemeinde- oder Stadtverwaltung gestellt werden, niemand braucht die Zusendung der Wahlbenachrichtigung abzuwarten. Die Stimmzettel werden ab Ende August – drei Wochen vor dem Wahltermin – verschickt.

Sie können DIE LINKE über Ihre Wählerstimme hinaus auch mit einer **Spende** unterstützen. **Jeder Betrag hilft.** Bitte überweisen Sie unter Angabe Ihres Namens und Anschrift auf unser
Konto: 1 000 969 068
BLZ: 160 500 00
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

Herzlich Willkommen zur BUGA 2015

In der gesamten Havelregion ist zu spüren, dass ein großes Ereignis bevorsteht. Erstmals in der Geschichte der Gartenschauen findet die BUGA 2015 in einer ländlichen Region, länderübergreifend in fünf Ortschaften in Brandenburg und Sachsen-Anhalt statt. Von Brandenburg an der Havel, Premnitz, Rathenow, Amt Rhinow/OT Stölln bis nach Havelberg sind viele fleißige Menschen dabei, die BUGA vorzubereiten. Pflanzen werden in die Erde gebracht, Parks werden umgestaltet bzw. neu angelegt, eine große Brücke wird gebaut, und Wege werden gepflastert. Die Region putzt sich heraus für die zahlreichen Gäste, die ab dem 18. April 2015 erwartet werden. Gartenbaubetriebe aus der ganzen Bundesrepublik präsentieren sich auf dieser Leistungsschau.

Die 80 Kilometer lange Strecke bietet den Gästen viele abwechslungsreiche Stationen zum Schauen, Erholen und Erleben. Aber nicht nur die handwerklichen Leistungen werden im nächsten Jahr ihre Würdigung bei den Gästen finden. Die beteiligten Kommunen und Gemeinden planten die einzelnen Projekte und nahmen viel Geld in die Hand. An dieser Stelle ist es wichtig, die Unterstützung der Landesregierung Brandenburg hervorzuheben. So erhielt die BUGA Havelregion Fördermittel in Höhe von rund 60 Millionen Euro. Mit dieser Hilfe zeigt das Land, dass es hinter dieser BUGA steht, und unterstreicht die Bedeutung für diese Region in touristischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Der kleine Frieden

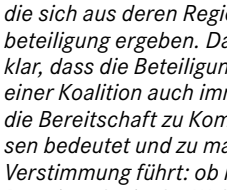
Am 14. September wählen Sie in Brandenburg einen neuen Landtag. Als Bundestagsabgeordnete in der Opposition und als Sächsin, in deren Heimat die CDU nun seit fast einem Vierteljahrhundert regiert, bin ich ein wenig neidisch auf die Gestaltungsoptionen der Brandenburger LINKEN, die sich aus deren Regierungsbeteiligung ergeben. Dabei ist klar, dass die Beteiligung an einer Koalition auch immer die Bereitschaft zu Kompromissen bedeutet und zu mancher Verstimmung führt: ob in der Partei – oder in der Wählerschaft.

Kürzlich stellte ich mich im Goethe-Institut in Dresden den Fragen junger Menschen aus aller Welt, die dort im Sommer einen Sprachkurs absolvieren. Eine junge Frau fragte mich: »Was halten Sie für die wichtigste Aufgabe einer Regierung?« Was antwortet man so direkt angesprochen, darauf? Ich sah auf die jungen Leute – aus Burkina Faso, Großbritannien, Moldawien, Kanada, Russland. Natürlich: Frieden ist wohl das Wichtigste, was eine Regierung sichern muss. Aber eine Landesregierung?

Die auch. Für den »kleinen«, den inneren, sozialen Frieden haben Landesregierungen eine große Verantwortung. Menschen müssen leben können, ohne ständig in innerer Kampfbereitschaft zu sein. Die permanente Angst vor der Zukunft, der ständige Kampf um Selbstverständlichkeiten, die Entsolidarisierung zwischen den Menschen zerstören das Leben leise, schleichend.

Die Brandenburger LINKE hat in den vergangenen Jahren den schwierigen Spagat zwischen Kompromiss und dem Kampf für den »kleinen« Frieden im Lande sehr gut hinbekommen, wie ich finde. Das sollte sie auch weiter tun können.

Deshalb werbe ich um Ihre Stimme für DIE LINKE am 14. September.



Katja Kipping,
Parteivorsitzende DIE LINKE

Gute Arbeit, gute Löhne – auch wenn es nicht immer einfach ist …

»Ich mag kein Drumherum«, sagt Birgitt Trenner und stellt ihre Kaffeetasse energisch ab. Man glaubt es der schmalen 60-Jährigen. Als gelernte Bauingenieurin hat sie in den Jahren seit der Wende viele Aufs und Abs erlebt. Alles begann 1992 für sie mit der Absage eines Ingenieurbüros und den Worten »Es tut uns leid, aber mit drei Kindern kommen Sie für uns nicht in Frage«.
Da beschlossen die Trenners sich selbstständig zu machen. Inzwischen ist Birgitt Trenner die Chefin der TrennerBauSanierung und hat fünf Angestellte. Als ihr Mann 2009 starb, hat sie sich mit den »Jungs« ihrer Firma zusammengesetzt und überlegt, wie es weitergehen könnte. Die burschikose Frau hat es geschafft, auch wenn es schwer war und ist. Klar zahlt sie den tariflichen Mindestlohn, der liegt in ihrer Branche bei 10,50 Euro die Stunde, und ihre langjährigen Mitarbeiter bekommen sogar mehr.
Keiner ihrer Leute soll »aufstocken« müssen. Es ist nicht immer leicht, entsprechende Kunden zu finden, um sich das leisten zu können, meint sie. Und nicht selten kommen Billiganbieter und nehmen die Aufträge weg. Dennoch ist für Birgitt Trenner ein bundesweiter gesetzlicher Mindestlohn nur fair – und zwar einer ohne Löcher.
Deshalb lehnt sie die jetzt von der Bundesregierung beschlossenen Ausnahmen, beispielsweise für Zeitungsausträger oder Langzeitarbeitslose, auch ab. Gleichzeitig fordert die Ingenieurin schärfere Kontrollen auf Einhaltung und bei Schwarzarbeit, »sonst machts ja nicht viel Sinn«. Dass Brandenburg mit seinem Vergabegesetz und einem Mindestlohn von 8,50 Euro bei öffentlichen Aufträgen bundesweit zu den Vorreitern gehört, ist ihr wichtig, »das hat auch was mit Gerechtigkeit zu tun«. Und Birgitt Trenner weiß, wovon die Rede ist. Auch mit 60 Jahren hat sie nach wie vor einen Zwölf-Stunden-Arbeitstag. Pausen sind immer noch selten, aber wenn, dann gehören sie Maxim, ihrem drei Monate alten Enkel, und der Malerei: Schwäne auf der Havel oder große Wiesen. Das beruhigt und weitet den Blick, meint sie – und lächelt.

Gute Arbeit, gute Löhne, gute Wirtschaft

Wir wollen miserable, also die sogenannten prekären Arbeitsverhältnisse, überwinden und Leiharbeit sowie Niedriglöhne zugunsten guter Arbeit zurückdrängen. Die Lohnuntergrenze für öffentliche Aufträge soll auf mindestens 10 Euro pro Stunde steigen. Wir fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und stärken die Mitbestimmung sowie das Recht auf Weiterbildung. Wir koppeln die Wirtschaftsförderung auch künftig an soziale und ökologische Kriterien. Und wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Lohnspirale nach unten zu stoppen, Beschäftigung zu sichern und neu zu schaffen. Denn wir stärken nur sozial verantwortliches Unternehmertum.

Wirtschaftsförderung auch an soziale Kriterien binden

Die Billiglohn-Strategie als »Instrument« der Wirtschaftsförderung in Brandenburg ist Geschichte.
Die neue Wirtschaftsförderstrategie der LINKEN zielt darauf, die Attraktivität des Landes Brandenburg weiter zu verbessern, Wachstum und Beschäftigung weiter zu stärken und eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Wichtige Schwerpunkte für DIE LINKE in Brandenburg sind dabei: Ein Wachstumsprogramm für Kleinunternehmen – lebenswichtig, weil es in Brandenburg so viele davon gibt.
Dazu eine Förderung für strukturbestimmende Unternehmen, damit sie stabil und entwicklungsfähig bleiben. Und schließlich mehr Effizienz, sparsamerer Umgang mit Ressourcen und natürlich die Schaffung neuer, guter Arbeitsplätze.
Möglichst viele Student/-innen der brandenburgischen Hochschulen sollen als Beschäftigte im Land eine Perspektive erhalten. Fördermittel werden an Tarife und die Qualifikation der Mitarbeiter/-innen gebunden. Leiharbeit bekämpfen wir.
Bei einem Beschäftigten-Anteil von mehr als zehn Prozent Leiharbeiter/-innen soll es nur noch beschränkte Investitionsförderung geben, bei einer Quote von mehr als 30 Prozent fällt die Förderung komplett weg. Es gibt einen »Aktionsplan zur Stärkung der industriellen Basis«. Der zielt auf mehr Familienfreundlichkeit und die Einbindung von Kreativität und Engagement der Mitarbeiter/-innen ab.

Licht und Schatten auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt

Brandenburgs Arbeitslosenquote sinkt weiter: Zum ersten Mal seit der Wende betrug sie im Juni 2014 neun Prozent. Das ist ein positives Zeichen. Dennoch sind mehr als 120 000 Menschen in Brandenburg arbeitslos. Hinzu kommen noch zu viele schlechte (prekäre) Beschäftigungsverhältnisse. Mit mehr als 25 Prozent betrifft das jeden Vierten.
DIE LINKE hingegen setzt sich für einen sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt ein, der allen Teilhabe und Integration ermöglicht, dabei gute Arbeitsbedingungen bietet sowie gleiche, faire Löhne, die ein Leben in Würde ermöglichen.
Deshalb brauchen wir vor allem den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und zwar ohne Ausnahmen, in der Höhe von perspektivisch mindestens 10 Euro. Wer Langzeitarbeitslose, jugendliche Beschäftigte, Praktikant/-innen, Saisonarbeiter/-innen und Zeitungszusteller/-innen hier herausnehmen will, diskriminiert und schafft die falschen Anreize. Damit sind prekäre Beschäftigung, Langzeitarbeitslosigkeit und Rentenarmut nicht zu bekämpfen!

iStockphoto.com/TommL

Sozial-ökologisches und nachhaltiges Agrar-Leitbild entwickeln

Wir wollen in einem intensiven gesellschaftlichen Dialog ein sozial-ökologisches und nachhaltiges Agrar-Leitbild für Brandenburg entwickeln. Ziel ist es, Beschäftigungsperspektiven und eine Versorgungssicherung mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln und erneuerbarer Energie sowie Lebensqualität in den ländlichen Räumen miteinander zu verbinden. Die regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten sollen zum Markenzeichen des Agrarlandes Brandenburg werden. Das Schulobst- und Milchprogramm der EU ist dafür ein Baustein.

iStockphoto.com/LajosRepasi

Gemeinschaftsschule – eine Schule der Zukunft

Das deutsche Schulsystem zeichnet sich dadurch aus, dass nach einer gemeinsamen Grundschulzeit eine gegliederte Sekundarstufe folgt. Aufgrund des Föderalismus im Bildungswesen ist diese Sekundarstufe auch noch von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich strukturiert. Das betrifft neben den einzelnen Schulformen auch die Bezeichnungen der möglichen Schulabschlüsse.

In Brandenburg werden nach der sechsjährigen Grundschulzeit die Gesamtschule, die Oberschule und das Gymnasium als weiterführende Schulformen angeboten. Diese decken die drei Bildungsgänge im Land ab. Anders als in fast allen anderen europäischen Staaten werden die Kinder in der Sekundarstufe entsprechend ihrem Lernniveau auf unterschiedlichen Schulen weiterbeschult. Dazu ist es notwendig, am Ende der Grundschulzeit ein entsprechendes Übergangsverfahren (Ü7-Verfahren) durchzuführen. Gewachsene Strukturen werden aufgerissen, alle Klassen der Jahrgangsstufe 7 werden im Land Brandenburg neu zusammengesetzt, eine Ursache für viele in der 7. Klasse auftretende Probleme. An ca. 30 Standorten des Landes haben sich bereits Grund- und Oberschulen zu einer gemeinsamen Schule zusammengeschlossen. Zwar kann dadurch nicht das landesweite Ü7-Verfahren ausgesetzt werden, wohl aber haben die Schüler/-innen dieser Kommunen und Gemeinden die Möglichkeit, von der ersten bis zur zehnten Klasse an einem Standort die Schule zu besuchen. Lange Fahrtwege fallen weg, vertraute Mitschüler/-innen und Lehrkräfte sowie das Schulgebäude bleiben erhalten. Ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem durchgehenden Schulangebot an einem Standort wäre die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe.

Ein solches Schulzentrum würde dann alle drei Bildungsgänge anbieten und jedes Kind, unabhängig von seinem Leistungsvermögen, entsprechend fördern und fordern. Gemeinschaftsschulen würden – gerade in den vielen ländlichen Bereichen des Landes Brandenburg – eine sinnvolle Alternative zu den vielen verstreuten Schulangeboten der Sekundarstufe I und II darstellen. Sie könnten neben den vielen Synergieeffekten zugunsten der Schüler/-innen auch ein kulturelles Zentrum der Gemeinden bzw. Kommunen sein. Gleichzeitig ist eine solche Schulform der Einstieg in die konsequente Umsetzung einer inklusiven Bildung, in der alle Kinder das Recht auf gleiche Bildungschancen haben.

Dr. Hans-Dirk Lenius
Schulleiter der Grund- und Oberschule Heinrich Julius Bruns, Lehnin

Gute Bildung für alle von Anfang an

Wir wollen den Betreuungsschlüssel in den Kitas weiter verbessern: bei den bis Dreijährigen sollen eine Erzieherin bzw. ein Erzieher auf fünf Kinder und bei den Drei- bis Sechsjährigen auf elf Kinder kommen. Dazu soll die Ausbildung und Einstellung von 1 500 Fachkräften ermöglicht werden. Wir wollen eine bessere Personalausstattung der Schulen, die Erhöhung der Unterrichtsqualität, eine Minimierung des Unterrichtsausfalls, die Verringerung der Zahl der Schulabbrecher/-innen und den Erhalt der Schulstandorte, vorrangig im ländlichen Raum. Dazu wollen wir 4 400 Lehrkräfte bis 2019 einstellen. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen unserer Kinder in einer inklusiven Gemeinschaftsschule ermöglichen und die Berufsorientierung durch die Stärkung des Praxisbezugs von Schule erleichtern. Wir streben an, eine Berufsausbildung mit Abitur einzuführen.

Mit der LINKEN wird es mehr Personal für die Kitas geben

Vor wenigen Wochen begingen wir als einer der ersten freien Kita-Träger im Land unser 20-jähriges Vereinsjubiläum. Gemeinsam mit vielen Unterstützer/-innen und Wegbegleiter/-innen schauten wir auf ereignisreiche und bewegte Jahre: Der Geburtenrückgang führte zu massiven Kita-Schließungen und zur Entlassung vieler qualifizierter Pädagog/-innen; Politik schränkte Betreuungszeiten für Kinder ein; die Kita-Finanzierung wurde deutlich reduziert, der Personalschlüssel abgesenkt, und dennoch wurden neue und intensive Aufgaben auf die Kita übertragen …

Karin Muchajer

Unter diesen Bedingungen wollten einige »verrückte« Pädagog/-innen das Experiment »eigene Kita« wagen – wie wir heute wissen: mit Erfolg. Wir investierten alle Kraft, Kinder von klein auf in die Lage zu versetzen, sich zu beteiligen, ihren Tag zu gestalten, Entscheidungen zu treffen. Das erfordert zuallererst eine ganz individuelle Sicht auf jedes einzelne Kind, um auf die differenzierten Bedürfnisse eingehen zu können. Voraussetzung dafür ist die persönliche und vertrauensvolle Beziehung zu den Familien. Dafür bedarf es genügend Zeit: Zeit für die Kinder, Zeit für die Familien, Zeit für Vorbereitung auf den pädagogischen Alltag, Zeit für fachlichen Austausch, Zeit für Qualifizierung, Zeit für …

Zu Beginn der Legislaturperiode verbesserte die rot-rote Landesregierung deshalb den Personalschlüssel (weniger Kinder für eine/n Pädagogin/en) als einen ersten wichtigen Schritt. Inzwischen sind jedoch fünf Jahre ins Land gegangen.

Deshalb ist die angekündigte und versprochene Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kitas eine vordringliche Aufgabe linker Politik. Die Frage ist, wieviel Geld aus dem Haushalt wir als Land und Kommunen dafür zu geben bereit sind.

Karin Muchajer
Leiterin Kita Spatzenhaus in Frankfurt (Oder)

Wählen mit sechzehn! Nehmt euer Recht wahr!

16-jährige Jugendliche können in Brandenburg bei Volksinitiativen ihre Stimme abgeben. Und nicht nur das. Rot-Rot hat auch durchgesetzt, dass dies auch bei der Wahl des Landtags möglich ist.

Die Linksjugend ['solid] Brandenburg ruft deshalb alle jungen Leute auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und am 14. September dieses Jahres DIE LINKE zu wählen. Gleichzeitig wirbt die Jugendorganisation dafür, politisch aktiv zu werden und sich für die eigenen Interessen einzusetzen.

Nur wer sich organisiert, sich Gehör verschafft und den eigenen Forderungen Nachdruck verleiht, hat die Chance, Veränderungen herbeizuführen. Egal, ob im Kampf um Freiräume oder gegen Neonazis, ob in Schüler-, Studi- oder Auszubildendenvertretungen, ob im bloßen solidarischen Miteinander oder in lokalen Bündnissen – wir wollen Politik im Hier und Jetzt mitgestalten, emanzipatorische Alternativen zu kapitalistischer Verwertungslogik aufzeigen, erreichen und verteidigen.

Es reicht nicht, von einer besseren Welt zu träumen – lasst sie uns gemeinsam erschaffen!

['solid]

Linksjugend ['solid] Brandenburg
www.facebook.com/LinksjugendsolidBrandenburg

Mehr wert: Wir machen Pflegeberufe attraktiver

Die Folgen des demografischen Wandels sind in Brandenburg allerorts spürbar. Um den daraus resultierenden Bedarf an pflegerischen und medizinischen Fachkräften gewährleisten zu können, bedarf es kluger und fachlich versierter Maßnahmen von Seiten der Landesregierung. Hier setzt DIE LINKE die richtigen Zeichen. Insbesondere in Bezug auf die Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes als dem Berufsfeld der Zukunft zeigt sie Fachkompetenz und soziale Verantwortung. Dabei ist nicht nur die Schaffung von förderlichen Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige und Pflegende zu nennen. Um sowohl jungen Menschen als auch beruflichen Quereinsteiger/-innen eine Tätigkeit im Berufsfeld Pflege attraktiv zu machen, bedarf es vor allem einer gerechten und leistungsangemessenen Entlohnung der Mitarbeiter/-innen aller Qualifikationsstufen. Dazu zählt aber auch die Unterstützung der Professionalisierungsbestrebungen der Berufsgruppe. Die Schaffung einer Pflegekammer, auch und gerade gegen die Widerstände von Lobbyisten, Arbeitgeberverbänden und anderen Besitzstandswahrern, zeugt von Weitsicht.

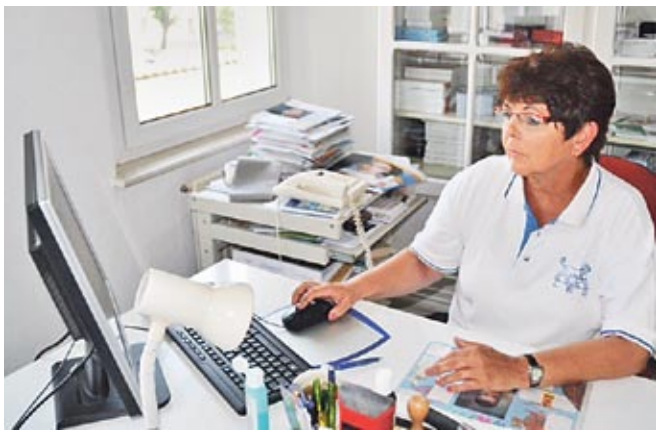
Christian Elger
Lehrer für Gesundheits- und Pflegeberufe an der Schule für Gesundheitsberufe in Perleberg

Jetzt für iOS und Android:
Die nd-App
www.neues-deutschland.de/app
Erhältlich im App Store
JETZT BEI Google play
neues deutschland
DRUCK VON LINKS

»Ich schicke keinen Patienten weg …«

… sagt Dr. Jutta Franz-Reichel, Hautärztin in Zehdenick – auch wenn es täglich 120 sind und manchmal mehr. »Wer Hilfe braucht, bekommt sie und in dringenden Fällen auch ohne Termin. Das ist mein medizinischer Anspruch«, sagt die kleine zierliche Frau mit Nachdruck. Seit 25 Jahren betreibt Dr. Franz-Reichel ihre Praxis, es gab schlechte und gute Zeiten. Die Hautärztin lebt als alleinerziehende Mutter mit ihrem jüngsten von drei Söhnen in einer Mietwohnung. Finanziell reich ist sie mit ihrer Arbeit über die Jahre nicht geworden. Aber das ist auch nicht ihr Maßstab für Glück, sagt sie. Viel mehr dankbare Patienten, ein Tag mit den Enkelkindern, ein guter Film, für den sie sich in den Zug setzt und sogar bis Berlin fährt. In der Woche ist nie Zeit dafür: Montags stehen sieben Seniorenheime auf dem Programm, Mittwochnachmittag Hausbesuche im Umkreis von 70 Kilometern, an allen anderen Tagen behandelt die Ärztin in der Praxis. Sorgen bereitet ihr der Nachwuchs. »Wir haben zu wenig junge Ärzte auf dem Land. Es ist gut, dass alle Krankenhäuser erhalten werden und medizinische Gesundheitszentren dazukommen. Aber die älteren Leute in den vielen kleineren Städten und Dörfern, die nicht mehr so mobil sind, müssen auch versorgt werden«, sagt Dr. Franz-Reichel. Manches kann das Land machen, aber 80 Prozent aller Regelungen liegen beim Bund.

Das ist für die Ärztin aber kein Grund, und deshalb entschloss sie sich, als LINKE für den Kreistag zu kandidieren. 1600 Menschen gaben dieser Frau ihre Stimme, und nun sitzt Dr. Franz-Reichel in dem Ausschuss, der für die Oberhavelkliniken zuständig ist. Hier kann sie ihre langjährigen Erfahrungen einbringen, im Dialog mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) darauf drängen, dass die große Koalition in Berlin die Anreize für junge Ärzte auf dem Land verbessert – und zwar bundesweit. Im Potsdamer Gesundheitsministerium wird auch hart daran gearbeitet – Telemedizin, Patientenbus, »Schwester Agnes« und Bereitschaftspraxen an den Krankenhäusern arbeiten bzw. sind bereits in Probe. Während manch anderer Arzt seine Praxis zum Ende des Quartals schließt, weil sein Budget erschöpft ist, macht Jutta Franz-Reichel ihre Tür nicht zu. 400 Patienten pro Quartal behandelt sie so »umsonst«, also ohne Bezahlung. Darüber verliert sie nicht viele Worte, es gehört einfach zu ihrem Verständnis von ihrem Beruf, auch wenn sie manchen Abend »fix und alle« ist. »Da setze ich mich nochmal aufs Fahrrad oder gehe in den Wald und tanke auf«, erzählt sie – und schon klopft es wieder in ihrer Mittagspause. Die Ärztin macht die Tür auf.



Unsere Bilanz: Alle Krankenhausstandorte bleiben erhalten

Brandenburg hat 63 Krankenhausstandorte – DIE LINKE hat alle erhalten. Damit ist ein gutes Fundament für den weiteren Ausbau der bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung gelegt. Das bedeutet auch, dass qualifizierte Arbeitsplätze gesichert wurden.

Krankenhäuser gehören zu den größten Arbeitgebern in den Regionen. Mit der Fortschreibung des Krankenhausplanes haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass sich die Krankenhäuser auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft einstellen können. Dazu gehört auch der Ausbau der Tageskliniken.

Für den ländlichen Raum: mehr Telemedizin

In Brandenburg startete 2012 das bundesweit erste flächendeckende Telemedizin-Netz. Hochrisiko-Herzpatienten werden rund um die Uhr aus der Ferne medizinisch betreut. Sie werden zu Hause mit diagnostischen Geräten ausgestattet, die per Datenleitung wichtige Vitaldaten an die TeleMedizin-Zentren von zwei spezialisierten Kliniken liefern, wo ärztliche Teams in 24-Stunden-Bereitschaft die Daten auswerten und bei einem sich abzeichnenden kritischen Gesundheitszustand die Patienten und deren Ärzte informieren. Den behandelnden Hausärzten und Kardiologen liegen somit vor dem Patientenbesuch bereits alle wichtigen Diagnose-Daten vor. Das Projekt war mit Landes- und Bundesmitteln in Höhe von 1,53 Millionen Euro (aus dem Konjunkturpaket II) gefördert worden. Die AOK Nordost hat mit den Kliniken einen integrierten Versorgungsvertrag geschlossen.

Gesundheitliche Versorgung im gesamten Land

Wir sichern auch weiterhin alle Krankenhausstandorte, einschließlich der Tageskliniken, als Anker der gesundheitlichen Versorgung im Land. Auch in den kommenden fünf Jahren wollen wir für eine stabile Gesundheitsversorgung mindestens 400 Millionen Euro in die Krankenhäuser investieren. Wir streben eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und die Ausstattung von Schulen mit eigenen »Schulkrankenschwestern« nach finnischem Vorbild an.

Gleichstellung behinderter Menschen durchsetzen – Landespflegegeld erhöhen

Nach dem Landespflegegeldgesetz bekommen blinde und gehörlose Menschen staatliche Leistungen, um in einem gewissen Maß durch Zukauf von Hilfen behinderungsbedingte Nachteile auszugleichen.

Als Blinder weiß ich selbst, dass diese Hilfen deutlich teurer geworden sind. Leider gewährt Brandenburg im bundesweiten Ländervergleich die geringsten finanziellen Leistungen bei diesem Nachteilsausgleich. Damit soll nun Schluss sein. Wir fordern eine spürbare Verbesserung, zum einen eine Leistungserhöhung, zum anderen für mehrfach behinderte Menschen eine Neuregelung, sodass Pflegeversicherungsleistungen nicht mehr auf das Blindengeld angerechnet werden. Das wäre ein Schritt voran auf dem Weg der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zur Teilhabe. Inklusion muss von Kindheit an erfahrbar gemacht werden. In Kita und Schule sollen künftig Kinder mit und ohne Behinderung miteinander lernen, mit entsprechend vielen Erzieher/-innen und Lehrer/-innen in kleinen Gruppen und Klassen. Behinderten und Nichtbehinderten müssen gleiche Chancen bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeräumt werden, d. h. barrierefreier Zugang zu Verkehrsmitteln, Gebäuden, zu medizinischer Versorgung, zu barrierefreier Information und Kommunikation (Gebärdensprache, Formulare und Bescheide in einfacher Sprache) usw …

Es gibt in Brandenburg also noch viel zu tun. Wir packen es an!

Klaus Körner,
Petershagen/Eggersdorf (Märkisch Oderland)

Wohnen darf nicht Luxus werden!

Gibt es eine soziale »linke« Wohnungspolitik und wie sieht die aus?
Roland Scharp: Soziale Wohnungspolitik nimmt Wohnungen aus den Marktmechanismen heraus und betrachtet sie als festen Bestandteil der Grundversorgung. Damit wird auch deutlich, dass hier Staat und Gesellschaft gefordert sind. Wohnen ist und bleibt Menschenrecht und darf kein Luxus sein. Dabei ist für DIE LINKE neben den kommunalen Wohnungsgesellschaften das Genossenschaftsmodell immer noch sehr attraktiv.

Im Berliner Speckgürtel gibt es fast schon eine Wohnungsnot, die Mieten steigen dort rasant. Woanders im Land gibt es hohe Leerstände. Was kann und soll Politik leisten, um dieses Missverhältnis aufzuheben?
Es ist nicht ungewöhnlich, dass in Flächenländern mit einem starken Zentrum, wie es die Bundeshauptstadt nun mal ist, eine Zentralisierung stattfindet. Dem ist nur durch intelligente Standortpolitik und regionale Entwicklung entgegenzusteuern. Ansiedlungsbeihilfen für Unternehmen, aber auch besondere Angebote der Wohnungsunternehmen, z. B. ein Kinderbonus, können dort helfen, wo es einen hohen Leerstand gibt.

Oft bringt die energetische Sanierung von Mietshäusern automatisch Mietsteigerungen mit sich? Wie kann man das verhindern?
Viele Mieter/-innen haben Angst vor einer solchen Sanierung. Die Angst ist berechtigt, weil energetische Sanierungen meistens Mietsteigerungen zur Folge haben. Aber eben nicht automatisch. Die Vermieter sind in den Fällen von energetischer Sanierung an gesetzliche Vorschriften gebunden. So z. B. an die Begründungspflicht mit dem Nachweis, dass die Sanierung zu nachhaltigen Energie- oder Wassereinsparungen führt. Dieses Thema ist aber sehr komplex. Wenn eine energetische Sanierung angekündigt wird, kann ich den Mieter/-innen nur empfehlen, sich vor der Maßnahme bei den örtlichen Mietervereinen beraten zu lassen.

Was halten Sie von einer Mietpreisbindung? Ist sie ein geeignetes Instrument, um Mieter zu schützen?
Ich bin eindeutig für eine Mietpreisbindung. Sie ist ein geeignetes Mittel, um zu verhindern, dass besonders attraktive Wohngegenden oder Wohnformen nur von Vermögenden genutzt werden. Mietpreisbindung schützt Bestandsmieter/-innen. Außerdem kann dadurch ein Ausgleich von Mieter- und Vermieterinteressen geschaffen werden. Die rot-rote Landesregierung hat ja jetzt im Berliner Speckgürtel eine Mietpreisbindung durchgesetzt. Das ist ein richtiges und wirkungsvolles Instrument gegen unverhältnismäßige Mietsteigerungen.

Wie wichtig sind sozialer Wohnungsbau und Wohnraumförderung?
Beides ist wichtig, um aus dieser Marktlogik herauszukommen. Wer wie wir LINKE das Recht auf eine angemessene Wohnung als Grundrecht betrachtet, kommt in der jetzigen Gesellschaft an diesen Instrumenten nicht vorbei. Ziel linker Wohnungspolitik ist nicht größtmögliche Gewinnmaximierung, sondern – wie bei anderen Bestandteilen der Grundversorgung auch – Versorgungssicherheit. Das betrifft sowohl sozialen Wohnungsbau als auch individuelle Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum.

Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau werden gekürzt. DIE LINKE in Brandenburg reaktiviert das Projekt Landeswohnungsbauvermögen. Eine gute Idee?
Das ist eine gute Idee. Wenn wir das eben Gesagte zur Förderung ernst nehmen, müssen wir dazu auch sagen, mit welchen Mitteln die Finanzierung durchgeführt werden soll. Das Projekt Landeswohnungsbauvermögen ist ein auf rückzahlungspflichtige Darlehen angelegtes Förderinstrument, welches bei günstiger Verzinsung weitere Spielräume für Investitionen in den Wohnungsbau ermöglicht. Neben den energetischen, sozialen und demografischen Herausforderungen sollen insbesondere auch die Probleme von angespannten Wohnungsmärkten berücksichtigt werden.

Das Interview führte Torsten Haselbauer.

***Roland Scharp** ist für DIE LINKE Kommunalpolitiker im Kreis Teltow-Fläming und in Blankenfelde-Mahlow. Bis Juli 2014 war er Mitglied des Aufsichtsrates der Wohnungsbau- und -verwaltungsgesellschaft Blankenfelde (WOBAB).*

Sicheren und bezahlbaren Wohnraum gewährleisten

Wir werden die Wohnraumförderung im Land fortsetzen und die Kofinanzierung für entsprechende Bundesprogramme sicherstellen. Wo dies möglich und notwendig ist, werden wir in weiteren Regionen eine Mietpreisbindung einführen. Um den Mietwohnungsbau, aber auch das Wohneigentum zu fördern, werden wir das Landeswohnungsbauvermögen als nachhaltiges Finanzierungsinstrument weiter nutzen. Bezahlbarer Wohnraum, Barrierefreiheit und Klimaschutz stehen im Mittelpunkt unserer Anstrengungen.

Mehr Öffentliches für mehr Lebensqualität

Jeder Mensch braucht Energie, sauberes Trinkwasser, angemessenen Wohnraum, sichere Lebensmittel, gesundheitliche Versorgung. Er braucht Kommunikation jeglicher Art. Er braucht den Zugang zur Verteilung von öffentlichen Gütern und von Waren und zu elementaren Finanzdienstleistungen. Zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören aber auch die Entsorgung von Abwasser und Müll, die Gewährleistung von Hygiene und Sauberkeit, der Seuchenschutz, der Katastrophenschutz. Daseinsvorsorge – das bedeutet für DIE LINKE staatliche Verantwortung und kommunale Pflicht. Sie darf nicht von den Regeln des Marktes bestimmt und den Gesetzen des Profitstrebens unterworfen werden. Alle Menschen haben das Recht auf elementare öffentliche Leistungen.

Lärmminderung ist oberstes Gebot

In der Region um den BER entsteht ein Lärmknoten neuer Dimension. Seit Jahren kämpfen wir Bürgerinitiativen u. a. an der Görlitzer Bahn darum, dass nicht nur der Fluglärm, sondern auch der Mehrfachlärm aller Verkehrsarten in den Fokus gerückt wird. Deshalb bin ich froh darüber, dass sich Delegierte des Landkreises Dahme-Spree auf dem Wahlprogramm-Parteitag der Brandenburger LINKEN durchsetzen konnten und für ihre entsprechende Forderung eine Mehrheit bekamen. »Wir setzen uns für einen effektiven Schutz vor der Mehrfachlärmbelastung ein und sehen hier besonders den Bund in der Pflicht, entsprechende lärmreduzierende Maßnahmen an Schienentrassen und der Autobahn zu treffen«, heißt es im Wahlprogramm der LINKEN. Der Flughafen darf erst ans Netz, wenn der gerichtlich ausgeurteilte Schallschutz für die Betroffenen umgesetzt ist. Dazu muss die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) endlich sichtbare und spürbare Maßnahmen ergreifen. Nachtflugverbot und die Ablehnung einer dritten Start- und Landebahn stehen ebenfalls auf der Agenda. Dafür streiten wir vor allem deshalb, weil der Flughafen BER nicht einseitig zu Lasten der Anlieger/-innen starten darf. Ohne Akzeptanz in der Region wird das Projekt immer Streitobjekt bleiben.

Elke Herer
Sprecherin der Zeuthener Initiative gegen Bahnlärm

Energiewende vor Ort – regional und bezahlbar

Unsere Energiepolitik steht für Klima- und Umweltschutz, Versorgungssicherheit, Preisstabilität und wirbt für Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir unterstützen die Entwicklung von Speichertechnologien und fördern Konzepte zur Umsetzung dezentraler Energieversorgung auf lokaler Ebene. Wir fördern den Ausbau erneuerbarer Energien sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und der Versorgungssicherheit, um die Energiewende in Brandenburg weiter voranzubringen. Die Energiewende gehört in die Hand der Bürgerinnen und Bürger.

Klare Kante gegen rechts

Rot-Rot hat den neuen Anlauf für ein NPD-Verbot von Anfang an unterstützt. Ein Parteiverbot kann allerdings die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht ersetzen. Deshalb hat das Land »klare Kante« gegen rechts gezeigt.
Sieben rechtsextreme Zusammenschlüsse wurden in den vergangenen Jahren verboten, und der Landtag hat eine Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung aufgenommen. Vor allem aber haben sich viele Menschen für eine neue Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und bei Anti-Nazi-Demonstrationen engagiert. So wird der Slogan des toleranten Brandenburgs mit Leben erfüllt.

Sportliches Brandenburg

Noch nie waren so viele Menschen Mitglied in einem Sportverein. Über 320 000 Mitglieder des Landessportbundes und rund 46 000 ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen wirken in über 3 000 Sportvereinen im Land. Die Vereine übernehmen eine wichtige soziale Funktion und stärken die Gemeinschaft, insbesondere im ländlichen Raum. Sportvereine sind oft Begegnungsstätten, und ihre Mitglieder prägen in den Gemeindevertretungen die Entwicklung in ihren Orten mit – weit über die Belange des Sports hinaus.
Die Landesregierung hat dem Rechnung getragen. In der abgelaufenen EU-Förderperiode konnten für 81 Sportanlagen auf dem Land 17,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Dennoch gibt es weiterhin einen hohen Sanierungsbedarf. Deshalb will das Land die Förderung mit EU-Mitteln fortsetzen.
Mit Fördermitteln aus dem »Europäischen Fonds zur Entwicklung ländlicher Räume« sollen in den Jahren 2014 bis 2020 Investitionen an Sportstätten als kommunikative Zentren der Regionen sowie als Zentren der Kinder- und Jugendarbeit unterstützt werden.
Das Land hat zudem die eigenen Mittel für die Sportförderung auf 16 Millionen Euro aufgestockt. DIE LINKE fordert, diese Summe künftig noch einmal um eine Millionen Euro jährlich zu erhöhen. Das ist gut angelegtes Geld, denn mehr als 40 Prozent der brandenburgischen Kinder und Jugendlichen werden in den Sportvereinen betreut und gefördert.

Investitionen sind die beste Wirtschaftsförderung

Interview mit Dagmar Püschel, Bürgermeisterin in Eisenhüttenstadt

Sie sind seit viereinhalb Jahren Bürgermeisterin einer hoch verschuldeten Kommune. Was haben Sie getan, um von den Schulden herunterzukommen?
2010 hatten wir ein strukturelles Defizit von 20 Millionen Euro. Jetzt sind wir bei 3 Millionen Euro. Wir haben viel unternommen, um die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen. Dazu gehörte z. B., dass wir die Arbeit unserer Stadtwerke vom Kopf auf die Füße gestellt haben. Stadtwerke sind nicht dafür da, Rücklagen anzuhäufen. Gewinne fließen jetzt zum Wohle der Kommune in die Stadtkasse.

Hat das Land Sie beim Schuldenabbau unterstützt?
Das Land hat eine kommunalfreundliche Politik gemacht. Schlüsselzuweisungen wurden erhöht, und die Einnahmeverluste, die automatisch entstehen, wenn man weniger Einwohner/-innen hat, wurden abgefedert. Wir haben auch von Fördermitteln profitiert. Kitas, das städtische Museum und das Krankenhaus konnten saniert werden. All das wäre ohne Hilfe nicht möglich gewesen. Denn als Kommune mit so vielen Schulden sind Investitionen nur über Förderprogramme möglich. Und selbst für die braucht man Eigenmittel, die wir oft ohne Hilfe nicht hätten aufbringen können.

DIE LINKE hat für die kommende Legislaturperiode ein Investitionsprogramm für Kommunen angekündigt. Was versprechen Sie sich davon?
Investitionen sind die beste Wirtschaftsförderung. Wir haben schon viel geschafft, aber bei Straßen, Wegen, Plätzen und Radwegen ist noch viel zu tun. Die ganze Infrastruktur hinkt hinterher. Aber was nützt uns ein neu gemachtes Rathaus, wenn Straßen und Brücken kaputt sind? So ein Investitionsprogramm könnte daher wirklich helfen.

Warum können Kommunen das nicht selbst bezahlen?
... weil die Finanzierung der Kommunen in Deutschland leider sehr ungerecht geregelt ist. Kommunen, die große Gewerbesteuerzahler vor Ort haben, stehen gut da. Der Rest hat ein Problem. Deshalb muss man dieses System endlich anders aufstellen.

Wenn Sie bei der kommenden Landesregierung drei Wünsche frei hätten, welche wären das?
Ich wünsche mir, dass die unterschiedlichen Bedingungen in den Kommunen Beachtung finden, wenn nach Lösungen gesucht wird – von der Gesetzgebung bis zur Durchführung. Das ist nur ein einziger Wunsch, aber da steckt alles drin.

Bürgermeisterin Dagmar Püschel bei der Verkehrsfreigabe des zweiten Bauabschnitts der Nordanbindung am 28. August 2013

Bunt ist meine Lieblingsfarbe

Wenn sie einen Stift in der Hand hat und auf dem Papier bunte Traumlandschaften entstehen, versinkt die sechsjährige Marleen in eine andere Welt. Malen, Basteln und Zeichnen – das ist ihre Leidenschaft. Seit einem Jahr wird ihr Talent an der Kunstschule Potsdam gefördert. Neben verschiedenen künstlerischen Techniken wird den Kindern hier mit viel Engagement auch das Werk großer Künstler wie Picasso oder Hundertwasser näher gebracht. Umso erstaunter waren die Eltern von Marleen, als sie von den finanziellen Problemen der Kunst- und Musikschulen erfuhren.
»Die Musik- und Kunstschulen sind seit über einem Jahrzehnt unterfinanziert«, heißt es in einer jüngst gestarteten Volksinitiative. Die Anpassung der Landesförderung an die gestiegenen Schülerzahlen und die Tariferhöhungen sei nie erfolgt. Und dies, obwohl erst im Februar 2014 ein neues Musik- und Kunstschulgesetz verabschiedet worden war, das hohe Anforderungen an die Musik- und Kunstschulen im Land festschreibt. Die finanziellen Zuschüsse des Landes wurden hingegen nicht erhöht. Der Anteil der Landesförderung an den Gesamtkosten der Musik- und Kunstschulen beträgt aktuell nur noch neun Prozent. Die restlichen Kosten tragen Eltern und Kommunen.
Für Marleen und ihre Freunde im Zeichenkurs bedeutet dies, dass ihr Wunsch, einmal auf echter Leinwand malen zu dürfen, vorerst unerfüllt bleibt. »Leinwand und Farben würden unsere finanziellen Möglichkeiten übersteigen«, so der Kunstschullehrer. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass das Land jährlich 2,5 Millionen Euro mehr für Kunst- und Musikschulen bereitstellt. Von dem zusätzlichen Geld sollen schwerpunktmäßig Kinder aus armen Familien profitieren, denen eine musisch-künstlerische Ausbildung ermöglicht werden soll. Denn Musik- und Kunstschulen sollen für alle offen sein. Ob individuelle Förderung, Ensemblespiel in Orchestern, Bigbands oder Instrumentalgruppen oder kunstpädagogische Angebote und zahlreiche kreative Projekte – die Angebote sind stark nachgefragt, und wir wollen sie dauerhaft sichern. Damit die kleine Marleen auch zukünftig sagen kann: »Bunt ist meine Lieblingsfarbe.«

Hat den Bogen fürs Soziale raus

Das Bogenschießen, die älteste Jagdform der Menschheit, spielte lange Zeit in kriegerischen Auseinandersetzungen eine bedeutsame Rolle. Heute ist das Schießen auf standardisierte Zielscheiben mit Ringwertung die am weitesten verbreitete Bogensportart. Und das ist dem brandenburgischen Landesmeister der Ü45-Herren im Bogenschießen auch politisch viel näher. Denn Heiko Poppe hat mit Krieg nichts am Hut. Im Gegenteil: Schon seit Jahren engagiert sich der 52-jährige Angermünder in seiner Partei gegen Gewalt und Krieg. Im August steht für ihn jedoch eine neue Herausforderung an. Dann tritt Heiko Poppe bei der Deutschen Meisterschaft im Bogenschießen an. Poppe freut sich, dass sich DIE LINKE für mehr Geld für den Sport stark machen will. »Wir haben die Sportförderung schon in der vergangenen Legislaturperiode um eine Million Euro erhöht. Das ist gut so, denn Sport stärkt das soziale Miteinander in einer Gesellschaft. Wer sich im sportlichen Wettkampf miteinander misst, kommt nicht auf dumme Gedanken«, so der brandenburgische Herr der Bogen-Ringe aus der Uckermark. Er findet es toll, dass die Partei auch in der kommenden Regierung den Sport besonders fördern will. Die Sportförderung soll dann noch einmal um ein Million Euro aufgestockt werden.

Soziales Gewissen sein – und so handeln

Vom Pult in die Politik: Christian Görke und Kathrin Dannenberg

Sie sind von Beruf beide Lehrer. Bei Politikern ist dieser Beruf neben Juristen ziemlich häufig. Woran liegt das?
Kathrin Dannenberg: *Ich kann es mir nur so erklären, dass Lehrer und Juristen vielleicht mehr als andere Berufsgruppen mit Problemen verschiedenster Menschen tagtäglich konfrontiert sind.*
Christian Görke: *Lehrer müssen kommunikativ und teamfähig sein. Dies ist auch in der Politik von Vorteil.*

Aus welchen Gründen sind Sie in die Politik gewechselt?
Görke: *Seit 1990 war ich im Ehrenamt kommunalpolitisch aktiv. Ich habe schnell gemerkt, dass wichtige Rahmenbedingungen für die Kommunen in der Landespolitik gesetzt werden. Deshalb habe ich 1999 für den Landtag kandidiert und bin Ende 2003 in das Parlament eingezogen.*

Was ist für Sie linke Politik?
Dannenberg: *Linke Politik bedeutet für mich, für Chancengerechtigkeit zu kämpfen, sodass allen – egal, wo sie herkommen – die Möglichkeit gegeben wird, ein gutes Leben zu führen. Sie sorgt für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Das bedeutet auch, dass starke Schultern mehr, schwache Schultern weniger tragen, teilen, aus Solidarität. Und die brauchen wir, denn der Erfolg einer Gesellschaft ist nie der Erfolg von Einzelnen, sondern von vielen. Linke Politik endet auch nicht an Landesgrenzen oder mit einer Legislaturperiode. Sie denkt global, nachhaltig, an künftige Generationen.*

Haben Sie ein politisches Vorbild?
Görke: *In der Politik orientiere ich mich eher an Zielen und Inhalten, nicht so sehr an Personen. Aber beeindruckt haben mich Akteure der südamerikanischen Befreiungsbewegung.*
Dannenberg: *Für mich sind alle Menschen Vorbilder, die mutig sind, ob im Alltag oder in der Politik. Das sind für mich Sophie Scholl, Rosa Luxemburg, Nelson Mandela – das ist aber auch das junge Mädchen, das auf der Straße Zivilcourage zeigt.*

Welches der Schlüsselvorhaben aus dem Landtagswahlprogramm der LINKEN ist Ihnen am wichtigsten?
Dannenberg: *Ich arbeite mit Kindern und Jugendlichen, daher liegt mir das Schlüsselprojekt »Gute Bildung und Lebenschancen für alle von Anfang an« besonders am Herzen.*
Görke: *»Gute Arbeit – gute Löhne – gute Wirtschaft in Brandenburg« sowie »Investitionen für die Kommunen« – das sind zwei Vorhaben, denen sicher nicht nur ich höchste Priorität beimesse. Wer gut arbeitet, muss auch gut entlohnt werden. Deshalb wollen wir in Brandenburg prekäre Arbeitsverhältnisse überwinden, Leiharbeit und Niedriglöhne zugunsten guter Arbeit zurückdrängen sowie den Missbrauch von Minijobs stoppen. Wir wollen, dass in den nächsten fünf Jahren die Lohnuntergrenze für öffentliche Aufträge auf mindestens 10 Euro pro Stunde angehoben wird. Für die Städte und Gemeinden wollen wir ein Investitionsprogramm für die kommunale Infrastruktur in Höhe von 500 Millionen Euro auflegen. Die Mittel sollen u. a. für den Erhalt von Kommunalstraßen, kommunalen Brücken und Radwegen, für Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude sowie für die Vorbereitung von Schulen für Inklusion verwendet werden.*

Warum wollen Sie, dass DIE LINKE in Brandenburg weiterhin Regierungsverantwortung übernimmt?
Görke: *Wir brauchen uns hinter den Ergebnissen von fünf Jahren Rot-Rot in Brandenburg nicht zu verstecken! Wir haben viel erreicht, wenn auch nicht alles. Die Erneuerung des Landes ist aber längst nicht abgeschlossen. Wir haben das Land sozialer gemacht, aber wir sind noch nicht am Ziel. Deshalb werbe ich für die Fortsetzung der rot-roten Regierungskoalition in der neuen Legislaturperiode.*
Dannenberg: *Ob in Regierungsverantwortung oder in Opposition, DIE LINKE wird immer das soziale Gewissen dieser Gesellschaft sein. Aber: eine LINKE in Regierungsverantwortung kann diesen Auftrag selbstverständlich mit viel größerer Kraft ausüben. Ich bezweifle, dass eine CDU dafür gesorgt hätte, dass es einen Mindestlohn für öffentliche Aufträge gibt, dass mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden, dass zahlreiche Seen zurück an die Kommunen gegeben werden, dass Wohnraum bezahlbar bleibt und unsere Krankenhäuser erhalten werden. All das und mehr hat DIE LINKE in Brandenburg erreicht.*

Frank Hübner

Was halten Sie vom Vorgehen der brandenburgischen CDU?
Görke: *Die CDU verspricht derzeit allen alles. In ihrem Landtagswahlprogramm stehen Forderungen, die kosten doppelt so viel Geld wie die Vorhaben von SPD und LINKEN zusammen. Das ist einfach unseriös.*

Eine Frage zur Polizeireform: Viele Menschen im Land haben Angst vor Kriminalität. Wie wollen Sie das Sicherheitsgefühl verbessern?
Görke: *Wir werden bei der Polizeireform nachsteuern. Die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum muss gestärkt werden. Zudem werden wir die Prävention stärken. Und das Polizeiabkommen mit polnischen Sicherheitskräften ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen die grenzüberschreitende Kriminalität.*

Was halten Sie aus Sicht einer Lehrerin vom Mindestlohn?
Dannenberg: *An meiner Schule gibt es einen Schulsozialfonds, der Kinder unterstützt, deren Eltern nicht das Geld haben, um z. B. einen Theaterbesuch oder Wandertag bezahlen zu können. In den vergangenen Jahren hat diesen Fonds rund ein Drittel der Schüler meiner Schule in Anspruch genommen. Es ist gut, dass es diesen Fonds gibt, aber noch besser wäre es, wenn Eltern so verdienen könnten, dass sie nicht auf Hilfe angewiesen sind. Ein Mindestlohn muss also dringend her!*

Welches Konzept haben Sie für die Berlin-fernen Regionen des Landes?
Görke: *Es geht darum, gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern: angefangen bei den Schulen und Kitas über den öffentlichen Nahverkehr und die gesundheitliche Versorgung bis hin zu guten Arbeitsmöglichkeiten. Nicht zuletzt durch die Umsteuerung bei der Finanzausstattung der Kommunen haben wir bereits einiges erreicht. Diesen Weg werden wir weiter gehen, denn in den Kommunen leben die Menschen.*

Sie leben in Calau. Welche »heimatlichen« Themen wollen Sie als erstes mit nach Potsdam in den Landtag nehmen?
Dannenberg: *In Calau gibt es eine Grund- und eine Oberschule. Und diese möchten zukünftig zusammenwachsen. Genau das wollen wir ja auch in der Bildung fördern – ein längeres gemeinsames Lernen in einer guten Schule für alle, die fördert und fordert, in einer Gemeinschaftsschule. Dafür werde ich mich im Landtag einsetzen.*

Wieviele Stunden in der Woche befassen Sie sich mit Politik?
Görke: *Wochentags sind es ca. 12 bis 13 Stunden. Und auch am Wochenende gibt es häufig Termine und Veranstaltungen. Da kommen schnell 80 bis 90 Stunden pro Woche zusammen.*
Dannenberg: *Ach, das zähle ich nicht, keine Ahnung.*

Bleibt Ihnen noch Freizeit? Welche Hobbys haben Sie?
Dannenberg: *In meiner Freizeit findet man mich im Garten, in der Turnhalle beim Badmintonspielen oder am Gräbendorfer See zum Inlineskaten. Und auf die regelmäßigen Telefonate mit meiner Freundin kann ich nicht verzichten!*
Görke: *Zum Ausgleich treibe ich Sport und habe es zu schätzen gelernt, dass einige Fitness-Studios durchgehend geöffnet sind. So kann ich auch spät am Abend auf dem Stepper den Tag »auslaufen«. Außerdem besuche ich gern Sportveranstaltungen, so z. B. die Heimspiele des FSV Optik Rathenow und anderer brandenburgischer Sportvereine.*

Frank Hübner

Linkes Trio für den Landtag

Christian Görke

Wahlkreis 4
Gemeinde Milower Land,
Amt Neustadt (Dosse),
Stadt Premnitz,
Stadt Rathenow,
Stadt Rhinow,
Gemeinde Wusterhausen (Dosse)

Brandenburgs Finanzminister und Spitzenkandidat der LINKEN, Christian Görke, bewirbt sich bei der Landtagswahl im September erneut um das Direktmandat im Wahlkreis 4. Bereits bei den Landtagswahlen 2004 und 2009 errang der Rathenower das Direktmandat. »Ich möchte den Wahlkreis verteidigen«, so Christian Görke.
Wichtigste Herausforderung in der Region ist der Erhalt und die Schaffung von Existenz sichernden Arbeitsverhältnissen. Gute Arbeit und guter Lohn vor Ort sind unerlässlich, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken. Deshalb wirbt Christian Görke dafür, dass die Landespolitik die Stärkung der Wirtschaftsregion Rathenow/Premnitz weiter unterstützt.
»Wichtig ist, gutbezahlte Industriearbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.« Auch plädiert er für die Bildung eines gemeinsamen regionalen Wachstumskerns der Region Rathenow-Premnitz-Brandenburg an der Havel.
Bedeutsam für die Region ist auch die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2015.
»Mit den Verantwortlichen vor Ort setze ich mich dafür ein, dass die Gartenschau für die Gastgeberkommunen ein Erfolg wird und die Nachhaltigkeit der Investitionen in die touristische Infrastruktur gesichert ist«, so der Linkspolitiker.
Eine strikte Absage erteilt Görke der in der zu Ende gehenden Wahlperiode wiederholten Forderung der Grünen, das Haupt- und Landgestüt Neustadt/Dosse zu privatisieren bzw. den Landeszuschuss massiv zu streichen.
Eine Aufgabe, die sich auch in der neuen Wahlperiode stellt, ist der Schutz der Betroffenen vor Grundhochwasser in Rathenow und Umgehung.
Trotz erster Maßnahmen wie der Ertüchtigung von Gräben zeigt sich, dass es nicht einfach ist, die Belange des Naturschutzes mit den Interessen betroffener Grundstückseigentümer/-innen in Einklang zu bringen.

Andrea Johlige

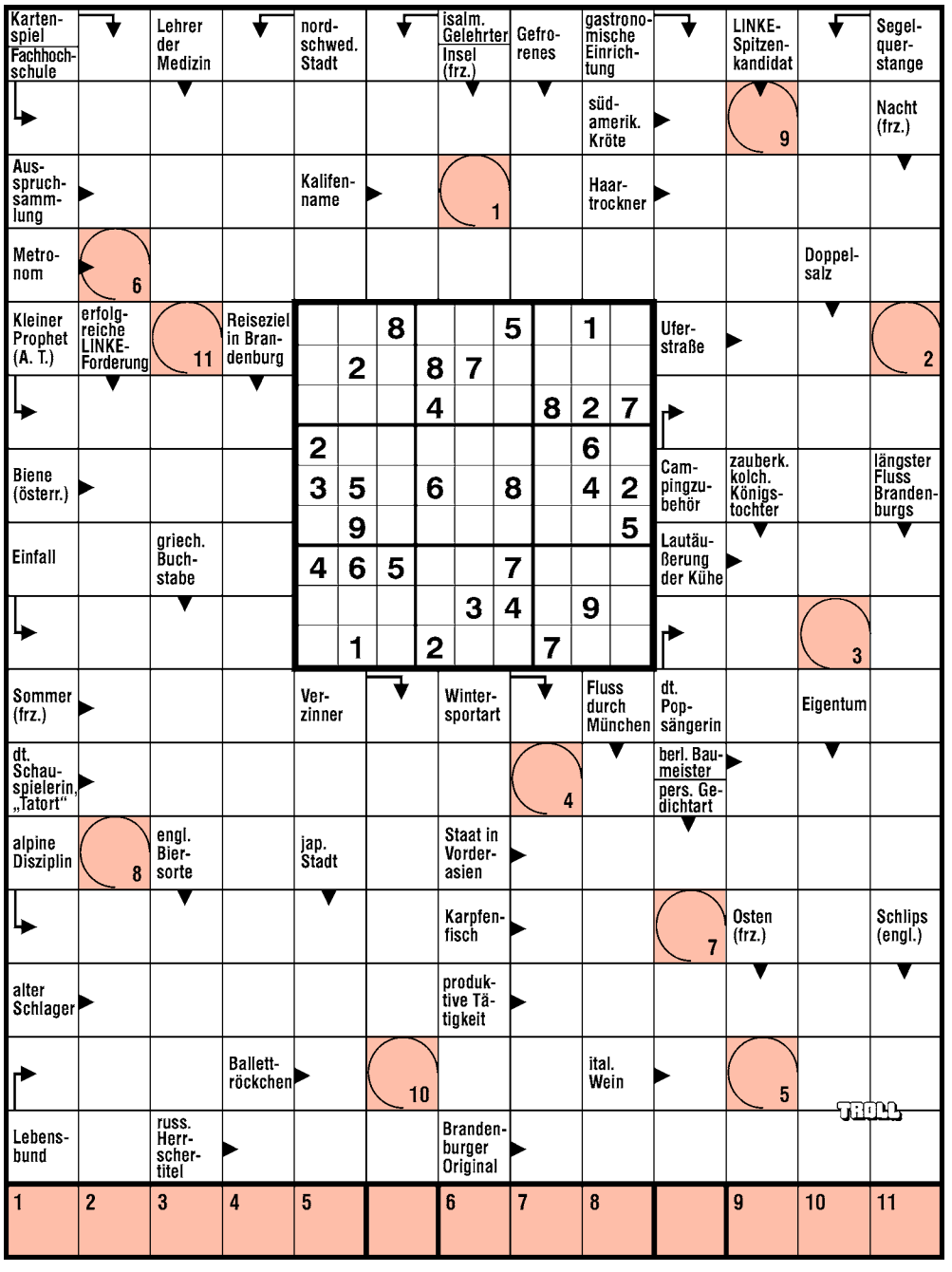
Wahlkreis 5
Gemeinde Brieselang,
Amt Friesack, Stadt Ketzin/Havel,
Stadt Nauen, Amt Nennhausen,
Gemeinde Wustermark

Mit ihren roten Haaren ist sie schon von weitem erkennbar, und wer sich schon mal mit ihr unterhalten hat, weiß: Sie ist leidenschaftliche Kämpferin für ein soziales, demokratisches und weltoffenes Land. Dabei ist sie alles andere als bequem. Als Kreistagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende im Kreistag Havelland stellt sie die Fragen, die sonst keiner stellt, sie verlässt gern eingefahrene Wege und unterbreitet unkonventionelle Lösungsvorschläge. Wenn man mit ihr im Havelland unterwegs ist, merkt man, dass ihr Politik Spaß macht und wie sehr sie brennt für die Menschen hier.
Als Mutter kennt sie die kleinen und großen Sorgen von Eltern und aus jahrelanger Selbstständigkeit weiß sie um die Probleme kleiner Unternehmen. Dank jahrelanger Erfahrung in der Kommunalpolitik mit den Themen Wirtschafts- und Finanzpolitik und in der Landespolitik als Landesgeschäftsführerin der LINKEN hat sie meist einen Vorschlag, wie eine konkrete Lösung für die Probleme vor Ort aussehen könnte. Und wenn Politik gerade mal nicht helfen kann und eher praktische Hilfe gebraucht wird, ist sie da, sei es nun bei der Kundgebung gegen Nazis oder beim Sandsäckefüllen in der Hochwasserregion. Kurz: Rot, frech, kompetent und engagiert für das Havelland und für Brandenburg – das ist Andrea Johlige.

Norbert Kunz

Wahlkreis 6
Gemeinde Dallgow-Döberitz,
Stadt Falkensee,
Gemeinde Schönwalde-Glien

Je tiefer das Wurzelwerk einer Pflanze ins Erdreich hineinreicht, desto stabiler ist ihr Stand. Mit der Demokratie ist es ganz genauso. In Falkensee, Dallgow-Döberitz und Schönwalde/Glien gibt es lebendige »zivile« Gesellschaften aus vielen Beiräten, Gruppen, Initiativen, Vereinen, freien Trägern und Gemeinden. Die Bürgerinitiative »Schönes Falkensee« engagiert sich seit Jahren gegen die umstrittene Nordumfahrung. Der Bürgerverein Finkenkrug schuf mit seinem Bürgerhaus ein lebendiges kleines kulturelles Zentrum. Trotz dieser guten Beispiele – die Liste ließe sich beliebig verlängern – herrscht demokratischer Mangel.
Denn die Verwaltungen und die Bürgermeister und die Landräte sind zu stark und zu mächtig, und die zivilgesellschaftlichen Bürgervereinigungen, aber auch die Stadt- und Gemeindeparlamente sind zu schwach. Links heißt, die Bürgerinnen und Bürger müssen entscheiden. Nicht nur die drei »Speckgürtel«-Gemeinden brauchen mehr Mitwirkung, Mitbestimmung und Volksabstimmungen. Das ganze Land braucht mehr direkte Demokratie.
DIE LINKE will, dass die politische Entwicklung unseres Landes auch im Alltag von den Bürgerinnen und Bürgern getragen wird – nicht nur durch Entscheidungen an Wahltagen. Wir wollen Demokratie im Alltag stärken. So steht's im Wahlprogramm.



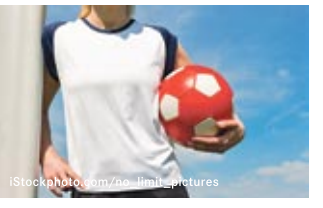
Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

- *ein Abendessen in Potsdam für zwei Personen mit dem Spitzenkandidaten Christian Görke*

- *zwei Karten für ein Spiel der Mannschaft von Turbine Potsdam*



- *ein Halbjahresprintabonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro*

- *zehn Exemplare des Buches »Andreas Dresen: Glücks Spiel« von Hans-Dieter Schütt*

Die Lösung bitte bis zum 28. September 2014 einsenden an:
DIE LINKE. Brandenburg
Alleestraße 3, 14469 Potsdam
oder per E-Mail an:
info@dielinke-brandenburg.de

Impressum: Wahlzeitung zur Landtagswahl in Brandenburg 2014, Auflage: 1 040 000
Redaktionsschluss: 30. Juli 2014
Herausgeberin: DIE LINKE. Brandenburg
Telefon: 0331/200 09-0
www.dielinke-brandenburg.de
V. i. S. d. P.: Andrea Johlige
Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG/TRIALON
Druck: Berliner Zeitungsdruck